Erklärung des Beitritts zum Digitalfunknetz der schleswig-holsteinischen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben

Die Stadt Neumünster vertreten durch Oberbürgermeister Herrn Dr. Olaf Tauras, Neues Rathaus, Großflecken 59, 24534 Neumünster

nachfolgend: **Kommunale Gebietskörperschaft**

erklärt gegenüber

dem **Land Schleswig-Holstein**, endvertreten durch das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten, Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel,

nachfolgend: **Land**,

1. den Beitritt zur Nutzung des bundesweit einheitlichen Digitalfunks für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS-Digitalfunk).

Durch diesen Beitritt erwirbt die kommunale Gebietskörperschaft das Recht, den BOS-Digitalfunk zur Wahrnehmung der Aufgaben ihrer Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben zu nutzen, sobald die technischen und infrastrukturellen Voraussetzungen auf der Seite der kommunalen Gebietskörperschaft geschaffen sind und die kommunale Gebietskörperschaft zudem den Beitritt zur *Verwaltungsvereinbarung über die Verteilung der Betriebskosten des Digitalfunknetzes der schleswig-holsteinischen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben* erklärt hat.

Eine Kündigung der Nutzung des BOS-Digitalfunks ist für die kommunale Gebietskörperschaft zum Ende eines jeden Monats unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten schriftlich möglich.

Eine Kündigung der Nutzung des BOS-Digitalfunks ist für beide Seiten fristlos schriftlich möglich, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Die kündigende Partei setzt sich vor Erklärung der Kündigung über das Vorliegen eines wichtigen Grundes mit dem Lenkungsausschuss ins Benehmen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn wiederholt oder schwerwiegend gegen Vorgaben des *Landesbetriebskonzeptes Digitalfunk BOS für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben in Schleswig-Holstein* (nachfolgend: LBK) verstoßen wird oder die kommunale Gebietskörperschaft den BOS-Digitalfunk nicht ausschließlich für Aufgaben ihrer BOS nutzt. Im Falle einer Kündigung werden der kommunalen Gebietskörperschaft keine Investitionen oder sonstigen Aufwendungen im Zusammenhang mit dem BOS-Digitalfunk erstattet.

2. das LBK in seiner jeweils gültigen Fassung zu beachten und die darin genannten Vorgaben stets einzuhalten.

Das LBK regelt in seiner jeweils gültigen Fassung verbindlich unter anderem

- die Aufgaben, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der den Betrieb des BOS-Digitalfunk gewährleistenden Organisationseinheiten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene,
- grundsätzliche betriebliche Fragen,
- die Nutzung der technischen Funktionalitäten des BOS-Digitalfunk (Funkdienste),
- das Funkmanagement der Autorisierten Stelle BOS-Digitalfunk und
- den Umgang mit den Digitalfunk-Endgeräten.

Auf die Pflicht der kommunalen Gebietskörperschaft zur Einrichtung von Digitalfunk-Servicestellen als Voraussetzung für eine Teilnahme am Betrieb (Zf. 2.4 des LBK) und auf die Notwendigkeit, vor der Nutzung von neuen Endgerätetypen oder -versionen, der Durchführung von Software-Updates und der Parametrierung von Endgeräten ein Test- und Freigabeverfahren unter Federführung der Autorisierten Stelle durchführen zu lassen (Zf. 6.1.1 des LBK), wird besonders hingewiesen.

Das LBK in der jeweils gültigen Fassung ist – soweit für die nichtpolizeilichen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben relevant – abrufbar unter: www.digitalfunk-sh.de/DFSH/Static/Vorschriften.html

Zusätzliche aktuelle Informationen zum Digitalfunknetz können dem Merkblatt „Digitalfunk“ entnommen werden, das dieser Erklärung als Anlage beigelegt ist.

Eine Beteiligung der kommunalen Gebietskörperschaften an der Fortschreibung des LBK ist über den Nutzerbeirat Digitalfunk in Schleswig-Holstein gewährleistet.

Das Land weist ausdrücklich darauf hin, dass im Verhältnis des Landes zur kommunalen Gebietskörperschaft in Bezug auf Schäden, die aus Betriebsstörungen und -ausfällen des Digitalfunknetzes resultieren, die gesetzlichen Haftungsbestimmungen gelten. Das Land haftet den Kreisen und kreisfreien Städten gegenüber nicht für Störungen oder Ausfälle der bundeseitigen Infrastruktur sowie für Fälle höherer Gewalt. Ein IT-Notfallmanagement nach BSI-Standard 100-4 ist für den Digitalfunk seitens der Landespolizei Schleswig-Holstein eingeführt.

Ort, Datum

Unterschrift Vertreter kommunale Gebietskörperschaft

Name, Amtsbezeichnung